

Feindbild Islam Wie es ist, als Muslim Tag für Tag unter Generalverdacht zu stehen **Wochenthema S. 6/7, 24**

Guardian Reportage Die Bienen sterben. Doch Imker wehren sich – gegen Konzerne **Longread S. 13–16**

Daniel Kehlmann Tyll ist ja oft nicht gerade nett: im Gespräch über Krieg, Kunst und Schmerz **Literatur S. 22/23**



„Ist dies nun der kommende Aufstand?“

Rioja

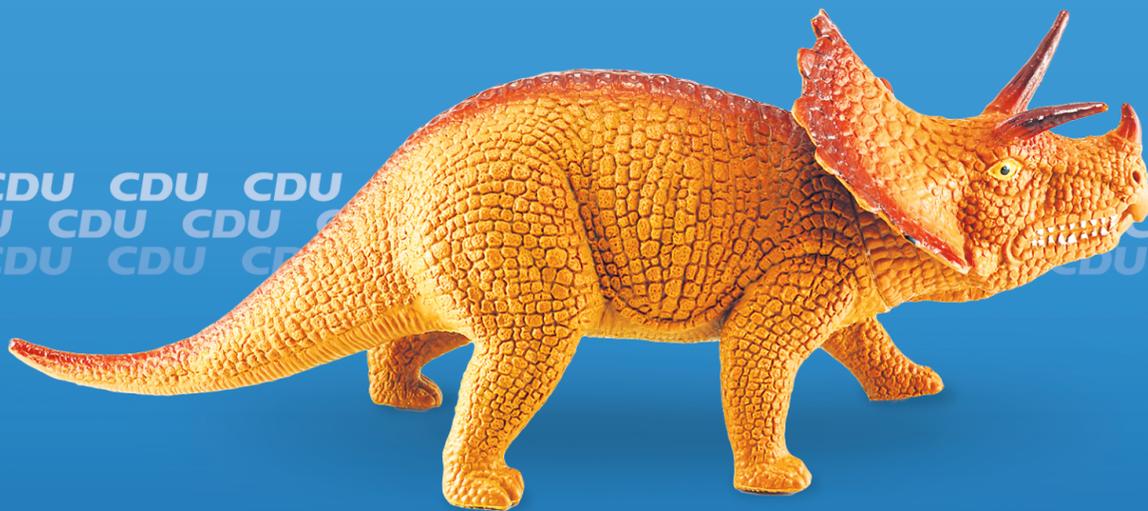
Politik Die Community diskutiert über Frankreichs Gelbwesten und die Worte des „Unsichtbaren Komitees“
»freitag.de/community

Partner des Guardian

6. Dezember 2018
Ausgabe 49
Deutschland 3,95 €
Ausland 4,25 €

der Freitag

Das Meinungsmedium



Die letzte Volkspartei

Jakob Augstein über den Niedergang der Demokratie und das Überleben der CDU s.17

Aufstand der Peripherie

Gelbwesten In Frankreich leben die Arbeiter nicht mehr dort, wo Wohlstand geschaffen wird. Nun suchen sie das Zentrum heim

■ Christophe Guilluy

Seit den 1980ern war klar, dass die westlichen Gesellschaften einen Preis dafür zahlen würden, auf ein neues Wirtschaftsmodell zu setzen. Er bestand in der Opferung der europäischen und amerikanischen Arbeiterklassen. Doch glaubte niemand, dass die Folgen auch die untere Mittelschicht treffen würden. Inzwischen ist offensichtlich, wie das neue Modell nicht nur proletarische Randgruppen, sondern die ganze Gesellschaft geschwächt hat.

Paradoxerweise spiegelt sich darin nicht das Versagen eines globalisierten Wirtschaftssystems, sondern dessen Erfolg. In den vergangenen Jahrzehnten hat die französische Wirtschaft ebenso wie die US-amerikanische weiter Wohlstand geschaffen. Wir sind reicher geworden, zumindest im Durchschnitt, doch wuchsen zugleich Arbeitslosigkeit, Unsicherheit und Armut. Die zentrale Frage ist daher: Wie verfährt man mit diesem Modell, wenn es ihm nicht gelingt, eine kohärente Gesellschaft zu schaffen – vor allem zu tragen?

Wie alle westlichen Länder hat sich Frankreich innerhalb weniger Jahrzehnte stark gewandelt. Aus einem System, das ökonomisch, politisch und kulturell die Mehrheit integriert hat, wurde eines, das Ungleichheit forciert. Dass immer mehr Reichtum produziert wird, bringt nur denen Vorteile, die bereits wohlhabend sind. Hinter dieser Zäsur steckt weder eine Verschwörung noch der Wunsch, die Armen abzuhängen. Die Ursache ist ein Wirtschaftsmodell, in dem Beschäftigung zunehmend polarisiert, was mit einer neuen Sozialgeografie einhergeht: Arbeitsmöglichkeit und Wohlstand konzentrieren sich in den Metropolen, während deindustrialisierte und ländliche Regionen, kleine und mittelgroße Städte zusehends an

Dynamik verlieren. Aber genau dort, im „peripheren Frankreich“ oder im „peripheren Amerika“, existiert das Gros der Arbeiterklasse. Erstmals in der Geschichte des Kapitalismus leben die „Arbeiter“ damit nicht mehr dort, wo Beschäftigung geschaffen wird. Gesellschaftliche und kulturelle Erschütterungen sind die Konsequenz.

In Tuchfühlung zu La France périphérique ist die „Gilets jaunes“-Bewegung entstanden. Auch die den Westen erfassende Welle des Populismus hat ihren Ursprung in diesen peripheren Räumen, sie hat Donald Trump bis ins Weiße Haus gebracht. Im peripheren Italien, vorrangig im süditalienischen Mezzogiorno wie in den kleinen Industriestädten des Nordens, begann der Aufstieg der italienischen Populisten. Was diese proklamieren, wird von Bevölkerungsschichten getragen, die zu vergangenen Zeiten der zentrale Referenzpunkt einer politischen und intellektuellen Welt waren, die sie heute vergessen hat.

Metropolen sind die neuen Burgen dieses Jahrhunderts

Eine Benzinpreiserhöhung hat die „Gelbwesten“ sich sammeln lassen, aber sie ist nicht die Ursache des Aufruhrs. Die Wut sitzt tiefer und ist das Ergebnis einer kulturellen Weichenstellung in den 1980er Jahren. Deren ökonomische und räumliche Folgen haben dazu geführt, dass die Welt der Eliten nach außen abgeschottet ist. Diese Beschränkung vollzieht sich nicht nur geografisch, sondern auch intellektuell. Globalisierte Metropolen werden so zu den neuen Burgen des 21. Jahrhunderts – reiche und ungleiche Orte, in denen nicht einmal mehr die einstige untere Mittelschicht einen Platz finden darf. Stattdessen wirkt in

den globalen Großstädten eine duale Dynamik, die von Gentrifizierung und Einwanderung geprägt ist. So führt die offene Gesellschaft bezeichnenderweise zu einer Welt, die einer Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung verschlossen ist.

In Frankreich offenbart die Spaltung zwischen peripherer Provinz und privilegierten Metropolen die Verbannung des Volkes ins Hinterland. Die westlichen Eliten können so nach und nach die Menschen vergessen, die sie nicht mehr sehen. Die Wirkung der „gilets jaunes“ und der Beistand, den sie in der öffentlichen Meinung erfahren (acht von zehn Franzosen heißen ihre Aktionen gut), haben Politiker, Gewerkschaften und Akademiker überrascht, als hätten sie eine neue ethnische Gruppe am Amazonas entdeckt.

Der ursprüngliche Sinn gelber Westen besteht darin, die Person, die sie trägt, auf der Straße sichtbar zu machen. Wie auch immer der Konflikt ausgeht, die „gilets jaunes“ haben auf jeden Fall dort gewonnen, wo es wirklich zählt – im Kampf um die kulturelle Repräsentation. Menschen aus der Arbeiterklasse und der unteren Mittelschicht sind wieder sichtbar, und mit ihnen die Orte, an denen sie leben. Umso mehr müssen ihre Forderungen respektiert und nicht länger als „bedauerliche Probleme“ eingestuft werden. Der US-Philosoph Michael Sandel verweist zu Recht auf das Unvermögen der Eliten, die Bestrebungen der Ärmsten ernst zu nehmen. Dabei haben sie nachvollziehbare Ziele: ihr soziokulturelles Kapital und ihre Arbeit zu erhalten. Um das zu erreichen, muss die „Sezession“ der Eliten – ihre Loslösung aus dem Gesamtstaat – gestoppt werden. Zudem sollten die politischen Angebote links wie rechts der Programmatik des Protests angemessen sein. Diese kulturelle Revolution ist ein gesellschaftlicher Imperativ – kein System kann bestehen, wenn es nicht die Mehrheit seiner ärmsten Bürger zu integrieren versteht.

Christophe Guilluy ist Sozialgeograf. In Frankreich erschien jüngst sein Buch *No Society. Das Ende der westlichen Mittelschicht*. Übersetzung: Carola Torti

Lesen Sie zu Frankreich weiter auf Seite 8

Daniela Dahn benennt Stärken und Schwächen der UN-Abkommen

Alle reden über den Pakt zur Migration. Reden wir über den zu Flüchtlingen

Zwei Pakte, die die UN-Vollversammlung auf den Weg gebracht hat, stehen jetzt vor der Annahme. Alle reden über den Pakt für Migranten – reden wir über den für Geflüchtete.

Migration heißt Umzug; Auswanderer hoffen ohne Rechtsanspruch auf Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung, ziehen nicht selten nach Jahren wieder zurück. Zur Flucht Gezwungene, politisch verfolgte dagegen genießen Asylrecht, wenn auch in Deutschland beschnitten bis zur Unkenntlichkeit, nach der Grundgesetzänderung von 1993, bei der die SPD aus der Opposition heraus für die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit sorgte.

Als „Menschen mit Migrationshintergrund“ werden heute der Einfachheit halber alle bezeichnet. Eine scharfe Trennung gibt es letztlich nur auf dem Papier. Auch wenn die unter Mitwirkung von 146 Staaten erarbeiteten Abkommen nicht rechtsverbindlich sind, ist die UN mit ihrem Geist der internationalen Solidarität damit endlich wieder in die Offensive gekommen. So wie einst die Menschenrechte eine normative Moral etabliert haben, ohne selbst einklagbar zu sein, hofft man nun auf wachsende Bereitschaft zur Mitmenschlichkeit.

Waren doch nie mehr Menschen auf der Flucht als heute – 24 Millionen, die Hälfte von ihnen Kinder. Im Windschatten um die Aufregung über die erstmalig geordneten Belange für eine reguläre Migration ist bislang öffentlich kaum zur Kenntnis genommen worden, dass auch für den Umgang mit Geflüchteten in Europa und darüber hinaus eine Abkehr von bisheriger Praxis angestrebt wird. „Robuste und gut funktionierende Regelungen“ sollen die Exil-Länder mit geringem und mittlerem Einkommen entlasten und die Verantwortung gerechter auf alle Staaten verteilen.

Was darauf hinausläuft, die perfiden Dublin-Verträge außer Kraft zu setzen. Deren weitgehend von Deutschland durchgesetzte Logik besteht darin, den

ärmeren Ländern zu dekretieren: Wen ihr hereinlasst, für den seid ihr verantwortlich. Derart überforderte Länder wie Griechenland, Bulgarien und Italien wehren die Flüchtlinge ab oder behandeln sie so schlecht, dass sie weiterziehen. Verzweifelt irren die Unwillkommenen durch Europa, werden wie Frachttgut hin und her geschoben.

Freiwillig bekundet die Mehrheit der Staaten nun dazu beitragen zu wollen, dass Flüchtlingen auf humane Weise geholfen wird. Die Würde des Menschen ist kein Konjunktiv, wie es auf der #unteilbar-Demo hieß. Durchgesetzt werden soll das Kardinalprinzip des Flüchtlingsschutzes: Berechtigte Ansprüche dürfen nicht zurückgewiesen werden.

So sehr also zu wünschen ist, dass die beiden Pakte eine humane Dynamik entfalten, so wenig lässt sich manche Irritation verschweigen. Es wird beteuert, dass der Pakt „völlig unpolitisch“ sei.

Bitte was? Ist „unparteiisch“ gemeint, liegt ein Übersetzungsfehler vor? Doch auch im englischen Original ist der Global Compact on Refugees „entirely non-political in nature“. Ist Politik schon so in Verruf geraten, dass man sich in ihrer Nähe nicht mehr sehen lassen will?

Wohl wahr, es gibt derzeit kein Land auf der Welt, dessen politisches Credo wäre: Fluchtursachen first. Ihre Bekämpfung wird einige Zeit in Anspruch nehmen, räumt der Pakt ein und vertraut auf die „Maximierung von Beiträgen des Privatsektors“. Dessen Investitionskraft, Finanzinstrumente und kommerziellen Geschäftsmodelle, ergänzt durch Arbeitskräftemobilität, sollen es richten. Also letztlich die Instrumente, die das ganze soziale Desaster erst angerichtet haben. Das ist hochpolitisch. Und sollte eine entsprechende Antwort erhalten.



Hegelplatz 1
10117 Berlin
PVStk. AO4188
Entgelt bezahlt

TITEL: SUSANNE MASSEUTE